

# Wirtschaftliche Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Schreibleitung und Verlag: Berlin SW 68, KochstraÙe 22-26. Fernsprecher: Ortsverkehr: Dinst. (17) 3600-3665, Fernverkehr: Diachiff 3636-3692, Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660.

## Berlin

Bezugspreis monatl. 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustell- und 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 75 Pf. Bestellgeld. Anzeigen: num-Zeile 32 Pf., Familien-Anz. num-Zeile 20 Pf. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

10 Pf. [Anwärter] Nr 309

FREITAG, 30. JUNI 1933

MORGEN-AUSGABE

## Die neuen Minister ernannt

### Ernährungsminister Darré, Wirtschaftsminister Schmitt, Staatssekretär Feder — Wieder Personalunion mit Preußen

Amlich wird mitgeteilt:

Reichspräsident von Hindenburg hat auf Vorschlag des Reichsanstalters dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft und Reichswirtschaftsminister Dr. Hugenberg die erbetene Entlassung aus seinen Ämtern erteilt und den Generaldirektor der Allg.-Verkehrs-AG Dr. Kurt Schmitt zum Reichswirtschaftsminister sowie das Mitglied des Reichstages Dr. Walter Darré zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft ernannt.

Der Reichspräsident hat ferner den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Wang einstweilig in den Aufgaben versetzt und zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium das Mitglied des Reichstages Diplomingenieur Gottfried Feder ernannt.

Dazu verläutet noch von amtlicher preußischer Seite, daß Reichsernährungsminister Dr. Walter Darré auch zum preußischen Minister für Landwirtschaft, Gärten und Forsten und Reichswirtschaftsminister Dr. Kurt Schmitt auch zum preußischen Minister für Wirtschaft und Arbeit ernannt werden wird.

Es verläutet noch weiter dazu, daß der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium von Rohr-Demmin vorläufig im Amte bleiben wird.

Vorbereitet waren die Nennungen bereits am Donnerstag. Der Reichsanstalt ist dann nach Neudorf gefahren und hat dort mit dem Reichspräsidenten eine Aussprache gehabt, in der auch die Frage der rechtlichen Parteien berührt worden sein dürfte. Dr. Darré, der neue Reichsernährungsminister, galt schon seit Monaten als der kommende Mann. Seine Pläne für einen neuen Vorkurs bekannt, er will die bäuerliche Erbschaft vererben und eine umfangreiche Entschuldung des bäuerlichen Vermögens. Dagegen gilt er als ein Gegner der Entschuldung

lebensunfähigen Großgrundbesitzes, den er zur Siedlung freigegeben wissen möchte.

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium von Rohr-Demmin ist im Amte geblieben. Von Rohr ist bekanntlich in den letzten Monaten in einen scharfen Gegensatz zu den nationalsozialistischen Bauernführern geraten, insbesondere zu seinem jetzigen Minister und dem Präsidenten des Reichsländerbundes Hindenburg. Das Gau-Büro gibt daher der Vermutung Ausdruck, daß die Zusammenarbeit zwischen Darré und von Rohr auf die Dauer nicht möglich sein wird.

Die Ernennung Dr. Schmitts zum Reichswirtschaftsminister wird in weiten Kreisen begrüßt. Schmitt hat sich als einer der ersten Wirtschaftsführer dem Nationalsozialismus zugewandt. Sein wirtschaftspolitisches Programm ist durch die Güte des letzten Allg.-Verkehrs geteigert. „Dienst am Volk und Erwerb des wirtschaftlichen Verantwortungsbegriffes und konsequenter Unternehmenspolitik“ sind ihm nicht aus, sondern müssen sich vereinigen. Schmitt erhält zum Staatssekretär den nationalsozialistischen Programmleiter Dr. Feder, der in der letzten Zeit schon an der Auflösung der Arbeitsbeschaffungsprobleme mitgearbeitet hat. Schmitt ist durch die Verbindung der bisherigen zum Reichsminister Dr. Hugenberg vermalten Reichswirtschaftsminister mit den jüdischen preußischen Ministern wird beibehalten, um jeden Dualismus auszugleichen.

## Sittler in Neudorf

Reichsanstalt Dr. Sittler traf 1 1/2 Stunden nach seiner Ankunft auf dem Marienburger Flugplatz gegen 17.30 Uhr im Kraftwagen auf dem Stammort des Reichspräsidenten in Neudorf ein.

Der Reichsanstalt wurde von dem Reichspräsidenten vor dem Portal des Hauses Neudorf herzlich begrüßt. Anschließend folgte eine etwa zwanzigminütige Besprechung über die gesamte politische Lage. Der Reichsanstalt bleibt als Gast des Reichspräsidenten bis Freitag in Neudorf. (Siehe auch 3. Seite)

## Wehrkreisparfarrer Müller führt

### An der Spitze des Kirchenbundes

Wehrkreisparfarrer Müller hat eine Verfügung erlassen, daß es als Bevollmächtigter des Reichsanstalters im Einvernehmen mit dem Staatsminister für die evangelischen Kirchen Preußens die Leitung des Evangelischen Kirchenbundes übernehme. Nach dieser Verfügung übernimmt Wehrkreisparfarrer Müller ferner den Vorsitz im Kirchenbundesrat, die Befugnisse des Kirchenrates und des Kirchenausschusses und seiner Unterausschüsse.

Auf Grund dieser Verfügung wurde der Bundesdirektor des Kirchenbundesamt Dr. Hofmann am 1. Juni förmliche Mitteilung erteilt. Mit der Übernahme der Geschäfte des Kirchenbundesamt wurde Amtsrat Müller beauftragt.

Wehrkreisparfarrer Müller hat ferner folgende Verfügung erlassen: „Nachdem ich durch Verfügung vom 28. Juni 1933 die Befugnisse des Kirchenbundesamt übernommen habe, ziehe ich den Auftrag, den die Herren Geesgen, Marchens und Sieck vom Kirchenbundesamt erhalten haben, zurück.“

Der Bevollmächtigte des Reichsanstalters, Wehrkreisparfarrer Müller, hat sämtliche Befugnisse des Kirchenbundesamtes und des Kirchenbundesamt übernommen. Mit diesem Akt ist das geschäftlich bestehende Schema innerhalb der Deutschen Protestantenkirchen Glaubensgemeinschaft verändert worden. Auf der einen Seite fand die Vertretung des Deutschen Evangelischen Kirchenbundes. Der Deutsche Evangelische Kirchenbundes hatte drei Bundesorgane, den Kirchenrat, den Kirchenbundesrat und den Kirchenausschuß. Infolge der Einsetzung des Staatsministers Jäger durch Ministerialrath zum Führer der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union entstand zwischen den autonom tätig bestehenden alten Kirchenorganen und dem Staat ein Widerspruch, der nun durch eine konstitutionelle Verwaltung des ganzen evangelischen Kirchenbundes gelöst werden soll. Auf der Seite des Preu-

ßischen Staatsministeriums fanden gegen die Vertretung der alten Kirchenordnung die Deutschen Christen, Dohrbach, daß der Führer der Deutschen Christen nun die Befugnisse der obersten Organe des Kirchenbundes übernahm, ist zwischen dem Staat und der Kirche Uebereinstimmung geschaffen worden. (Siehe auch dritte Seite)

## Das Zentrum berät

Der engere Parteivorstand des Zentrums hat gestern mit fünfundzwanzig Parteimitgliedern aus dem Reich in Berlin zusammen, um über die Frage einer Auflösung der Partei zu beraten. Voraussetzungen sind die engen inneren Beziehungen in den letzten Jahren der obersten Organe des Kirchenbundes übernahm, ist zwischen dem Staat und der Kirche Uebereinstimmung geschaffen worden. (Siehe auch dritte Seite)

Am frühen Abend glaubt man in Zentrumskreisen offenbar auf Grund der Zustimmung mit maßgebenden Stellen der NSDAP zu einer ähnlichen Vereinbarung gelangen zu können, wie die Deutschnationale Front erzieht hat. Ein Empfang des früheren Reichsanstalters Brüning bei Sittler, von dem schon viel von der Rede war, ist nicht erfolgt. Man hört aber, daß von Seiten des Zentrums um einen solchen Empfang nachgeholt wurde.

## Ermächtigungs-Gesetz

Das Reichsgesetz hat das Reichshaushaltsgesetz für 1933 verabschiedet. Der neue Etat ist jedoch im Reichsgesetzblatt verordnet worden. Er ist damit in Kraft. Seine Unterfertigung des Reichspräsidenten, keine Parlamentsverhandlung ist notwendig. Der Beschluß des Kabinetts steht auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in Kraft, was selber wochenlang, monatlang manchmal das Parlament und die Öffentlichkeit befähigt.

## Netto statt brutto

Auf den ersten Blick weist der neue Etat einen auffälligen Anstieg der Ausgaben im letzten Budgetjahr auf. Der Bruttobehalt des Jahres 1933 hätte die 10-Milliarden-Grenze bereits unterföhrt. Aus dem mehr als 8 Milliarden Beschluß für den Etat 1933 (tatsächlich wurden nur 7,9 Milliarden ausgegeben); der Bruttobehalt für das Jahr 1933 schließt in Einnahme und Ausgabe mit rund 5,9 Milliarden ab. Er liegt also um 2 Milliarden niedriger als die Rechnung des Vorjahres. Der Unterschied ist freilich zum Teil formal. Man ist zu einer neuen Methode übergegangen. Graf Schwerin von Krosigk hat statt eines Brutto-Behaltendes einen Netto-Behalt aufgestellt. An dem Bruttobehalt waren die durchlaufenden Posten miteinhalten. Es waren in erster Linie die Steueranteile der Länder, die bisher in dem Haushalt des Reiches auf der Einnahmeseite im Gesamtaufkommen der einzelnen Reichsteuern und auf der Ausgabeanteile als Steuerüberweisungen an die Länder erschienen. Das Netto-Behalt besteht darin, daß die Anteile der Länder an den Reichsteuern auf beiden Seiten des Haushaltsabzugs nicht als Einnahmen und Ausgaben des Reiches aufgeführt werden. Die Reichsteuern des Bruttobehaltendes käufenden dem Aufstehenden Mittel vor, die dem Reich in Wirklichkeit nicht zur Verfügung standen. Das Nettoring ist wirklichteinstärker. Es stellt die tatsächlichen Verhältnisse auch in dem Zahlenwert bereits klar.

## Ein Etat der Not

Die Ueberveranschlagung sind für 1933 mit 1,6 Milliarden veranschlagt. Der Unterschied des neuen Etats gegenüber den Ausgaben des Vorjahres beträgt 2 Milliarden. Die Differenz ist durch die veränderte Budgetmethode also nicht allein bedingt. Um weitere 400 Millionen über den Betrag der Steuerüberweisungen an die Länder hinaus liegt der neue Etat niedriger als der des Jahres 1932. In dieser Höhe sind weitere Kürzungen, Ausgaben-Änderungen, vorgenommen worden. Da der Etat selbst noch nicht vorliegt — weshalb diese erste Analyse auch nur summarisch sein kann —, läßt sich noch nicht überlegen, wo die Kürzungen durchgeführt sind. Aber schon die Zahl allein zeigt Reichspost ab. Denn schon der Etat des Vorjahres hätte fast ein Minimum dar, das das Budget, was als übrig bleiben mußte, um die Haushaltsausgaben des Reiches weiter zu erfüllen. Davon sind noch einmal 400 Millionen abgezogen. Auf diesem Etat ist der Stempel aufgedrückt, der seinen letzten Vorgänger kennzeichnet: er ist ein Etat der Not.

Das Unterbleibende ist, daß in den nächsten dieses Etats die Hoffnung auf ein Ende der Not zum Ausdruck kommt. In einer amtlichen Erklärung heißt es:

„Das auf der Einnahmeseite erscheinende Aufkommen an Steuern ist unter Zugrundelegung des tatsächlichen Aufkommens in den letzten Monaten und unter Berücksichtigung einer gewissen Steigerung der Wirtschaft für geschätzt worden.“

In Zahlen ausgedrückt: Der noch übrig der Länderanteile dem Reich verbleibende Anteil an Steuern und Zöllen beträgt im Rechnungsjahre 1932 4,9 Milliarden nach dem tatsächlichen Aufkommen. Im Rechnungsjahre 1933 ist der Reichsanteil an Steuern und Zöllen auf 5,1 Milliarden veranschlagt. In der Differenz von 200 Millionen ist gleichmäßig die Erwartung der konjunkturellen Besserung ausgedrückt.

## Konjunkturpolitisches Spiegelbild

Das Steuerbilanz zeigt im einzelnen, wie die erwartete konjunkturelle Besserung sich auf die Einnahmen des Staates auswirken wird. Im Rechnungsjahre 1932 wurden 1200 Millionen; im vorigen Jahr sind aufgenommen 1382 Millionen. Die Steuerbeiträge sind veranschlagt mit 100 Millionen; es erbrachte im Vorjahr 105 Millionen. Die Vermögenssteuer soll 1933 310 Millionen erbringen, sie kam 1932 auf 300 Millionen. Man sieht, die neuen Anlagen sind notwendig. Es zeigen der Tatsache Rechnung, daß die Einkommens- und Vermögenssteuer eine konjunkturellen Wirkung nur sehr langsam folgen, nicht zuletzt deswegen, weil die veranschlag-